

Wir haben Agrarökonom Alfons Balmann gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

*Wenn die Subventionen eingestellt würden, ist die deutsche, bzw. europäische Landwirtschaft auf einem globalen Markt konkurrenzfähig? Welche Folgen hätte dies für Verbraucher*innen, würde es sich auf sie auswirken?*

„Ein großes Problem Ihrer Frage "Wenn die Subventionen eingestellt würden, ist die deutsche; bzw. europäische Landwirtschaft auf einem globalen Markt konkurrenzfähig?" besteht schon alleine darin, dass es "die deutsche; bzw. europäische Landwirtschaft" nicht gibt. Jeder Standort ist anders, jeder Betrieb ist anders, jede:r Landwirt:in hat andere Fähigkeiten. Alleine die Fiktion "63 ha" (Anmerk. der Redaktion: In der Folge wird mit der Größe 63 Hektar – also dem Podcast-Titel - beispielhaft gerechnet) ist wenig hilfreich. Abgeleitet aus der Durchschnittsgröße deutscher Betriebe schließt sie mit ein, dass etwa die Hälfte der Betriebe als Hobby- oder Nebenerwerbsbetrieb geführt wird und der damit verbundene Haushalt gar nicht hauptberuflich davon lebt. Haupterwerbsbetriebe, bei denen das der Fall ist, bewirtschaften im Durchschnitt über 90 ha. Überhaupt wird in Deutschland etwa 63% der Fläche von Betrieben mit über 100 ha bewirtschaftet, 43% der Fläche von Betrieben mit über 200 ha (Destatis, Agrarstrukturerhebung 2023). Das heißt, dass ein Großteil der in Deutschland hergestellten landwirtschaftlichen Produkte von Betrieben stammt, die mit deutlich anderen Technologien produzieren, als es "durchschnittliche" Betriebe mit 63 ha könnten. Während der durchschnittliche Haupterwerbsbetrieb im Wirtschaftsjahr 2022/23 mit 93 ha einen Gewinn von 114 000 € erwirtschaftete, erwirtschaftete die Gruppe der Haupterwerbsbetriebe mit einem Gewinn von über 100 000 €, also die erfolgreichsten 41% der Betriebe, einen durchschnittlichen Gewinn von 224 000 €, bei durchschnittlich 129 ha (Buchführungsergebnisse der Testbetriebe des BMEL). Bei dieser letzten Gruppe betrug der Anteil der EU-Zahlungen weniger als 15% des Gewinns. Sie bewirtschaften 57% der landwirtschaftlichen Fläche und erzeugen 67% des Wertes der Produkte, die von den Haupterwerbsbetriebe erzeugt werden.

Was bedeutet das? Wenn man der letztgenannten Gruppe der erfolgreichen Haupterwerbsbetriebe die EU-Zahlungen streichen würde, wären die Betriebe im Durchschnitt immer noch rentabel. Was würde passieren, wenn man allen Betrieben die EU-Zahlungen streichen würde? Nun, ein Großteil der Produktion käme nach wie vor von vergleichsweise rentablen Betrieben. Zugleich wäre vermutlich ein Großteil der anderen Betriebe nicht mehr rentabel. Würden diese die Produktion einstellen, ergäbe sich die Frage, was etwa mit deren Flächen passieren würde. Meine These ist, dass diese Flächen zum allergrößten Teil dann von den erfolgreichen Betrieben übernommen würden. Entsprechend würde vermutlich auch kaum weniger produziert werden, so dass die Verbraucher von der Streichung der Subventionen vielleicht gar nicht viel bemerken würden.

Obige Darstellung ist natürlich stark vereinfacht. Nicht berücksichtigt sind bei der Rechnung die Hobby- und Nebenerwerbsbetriebe und ebenso etwa die juristischen Personen in Ostdeutschland, die im Durchschnitt etwa 1000 ha bewirtschaften. Auch waren die deutschen Betriebe im Wirtschaftsjahr 2022/23 außergewöhnlich rentabel. Dennoch kann man sagen, dass wir uns in Deutschland neben vielen sehr erfolgreichen Betrieben sehr viele landwirtschaftliche Betriebe leisten, die aus verschiedenen Gründen grundsätzlich unrentabel sind, etwa weil sie zu klein sind, in unrentable Produktionsbereiche investiert haben oder einfach suboptimal geleitet werden. Dann gibt es ein weiteres Problem: Wie Herr Lakner angesprochen hat (Anmerk. der Redaktion: Agrarökonom Sebastian Lakner kommt im Podcast zu Wort), wird durch den Wettbewerb zwischen den Landwirten ein Großteil der Direktzahlungen letztlich an die Bodeneigentümer überwältzt. Die deutschen Haupterwerbsbetriebe zahlten im genannten Wirtschaftsjahr pro ha gepachteter Fläche etwa 390 € an Pacht, bei 62% Pachtflächenanteil. EU-Direktzahlungen erhielten sie 272 € je ha. Man kann davon ausgehen, dass von allen Direktzahlungen etwa die Hälfte letztlich an die Verpächter fließt. Würde man die Direktzahlungen komplett von heute auf morgen streichen, würde sich nicht sofort etwas an den Pachtpreisen ändern, da Pachterträge oft eine Laufzeit von 5 bis 12

Jahren haben; längerfristig aber schon, da die Betriebe bei den nächsten Pachtvertragsverhandlungen berücksichtigen würden, dass sie weniger Direktzahlungen erhalten.

Jetzt könnte man argumentieren, dass man ja den rentablen Betrieben zugunsten der weniger rentablen Betriebe Subventionen kürzen könnte und auch durch gesetzliche Eingriffe die Pachtpreise senken könnte. Allerdings würde das bedeuten, dass man "schlechte Betriebe" belohnt und "gute Betriebe" bestraft. Das führt dann auf Dauer dazu, dass die Landwirtschaft immer abhängiger von den Umverteilungen wird. Genau genommen braucht man den Wettbewerb, um unrentable Landwirtschaft zu überwinden. Zudem ist in einer sich entwickelnden Volkswirtschaft normal, dass diejenigen Sektoren von einem Strukturwandel betroffen sind, die ihre Wertschöpfung aufgrund beschränkter Produktinnovationen und Nachfrage nicht nennenswert steigern können. Dann hört dort fast zwangsläufig ein Teil der Betriebe auf - zumal in den anderen Sektoren die Einkommen steigen.

Ferner haben wir in Deutschland nicht nur EU-Agrarsubventionen. Es gibt auch viele nationale Begünstigungen, wie die Agrardieselbeihilfe, die Kfz-Steuerbefreiung, eine Befreiung von der Erbschaftssteuer, Begünstigungen im Erbrecht, weitgehende Einkommensteuerbefreiungen für Hobby- und Nebenerwerbsbetriebe und so weiter. All diese Begünstigungen werden letztlich von den Landwirt:innen in ihre Hofnachfolge-, Investitions-, Pacht- und Produktionsentscheidungen eingepreist und letztlich oftmals "verfrühstückt". In der Summe kosten diese nationalen Begünstigungen der Gesellschaft neben den etwa 6,5 Milliarden € an EU-Vergünstigungen wohl weitere 4 Milliarden €. Es ist davon auszugehen, dass es viele Betriebe gibt, die in erster Linie zur Abschöpfung dieser Vergünstigungen existieren.

Damit stellt sich auch nicht nur die Frage, ob wir statt EU-Direktzahlungen nicht lieber Zahlungen für Umweltleistungen gewähren sollten, sondern eigentlich sogar, ob wir uns als Gesellschaft diese Zahlungen in der Höhe und Form überhaupt leisten können, wenn man bedenkt, dass für viele gesellschaftliche Aufgaben Geld fehlt. Aus Sicht der deutschen Steuerzahler:innen ist zudem zu beachten, dass für jeden Euro an EU-Agrarsubventionen für die deutsche Landwirtschaft zuvor zwei Euro an die EU überwiesen wurden. Ohne damit die deutsche Nettozahlerposition hinterfragen zu wollen (das ist eine Frage der Solidarität innerhalb der EU), stellt sich die Frage, ob mit den EU-Agrarsubventionen von denen etwa 13 Milliarden von deutschen Steuerzahler:innen aufgebracht werden, wirklich ein angemessener gesellschaftlicher Mehrwert generiert wird.“